

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann (LINKE), eingegangen am 12.05.2011

Schulveranstaltungen der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde

Von der Verfassungsschutzbehörde des Landes Niedersachsen werden seit einer Zeit verstärkt Schulveranstaltungen durchgeführt, die vor allem im Bereich der sogenannten Extremismusprävention angesiedelt sind. Mir der Serie der Andi-Comics, diversen Ausstellungen und landesspezifischen Veranstaltungen tritt die Verfassungsschutzbehörde de facto als Bildungsanbieter für Schulen auf. Andere Träger der Bildungsarbeit, die etwas zu den Themen Rassismus oder Neonazismus anbieten, bekommen diese Konkurrenz deutlich zu spüren, bietet doch die Behörde ihre Veranstaltungen in der Regel unentgeltlich an, worauf vonseiten der Schulen gerne zurückgegriffen wird. Fraglich ist jedoch, ob ein Inlandsgeheimdienst geeignet ist, Schülerinnen und Schüler z. B. mit dem Thema des Neonazismus zu konfrontieren.

In der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um Demokratiegefährdung und antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft konkurrieren verschiedene Deutungsangebote miteinander. Während in Teilen der Sozialwissenschaften und von bürgerschaftlichen Gruppen vor allem Demokratieverdrossenheit, Ausgrenzung von Minderheiten und autoritäre Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft als Nährboden etwa der extremen Rechten angesehen werden, thematisieren z. B. die Verfassungsschutzbehörden vor allem die vermeintlichen Ränder der Gesellschaft unter dem Stichwort des Extremismus. Hier wird eine klare Trennung zwischen den Extremen rechts und links sowie dem sogenannten Ausländerextremismus einerseits und der politischen Mitte andererseits gemacht. Wechselwirkungen und undemokratische Tendenzen der Mitte der Gesellschaft spielen in diesen Analysen keine Rolle.

Mit Einführung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus 2001 ist es zu einem Aufschwung der Deutungsangebote zur Analyse der extremen Rechten gekommen, die von zivilgesellschaftlichen Trägern angeboten wurden und die mit Erklärungsansätzen jenseits des Extremismusansatzes arbeiteten. Die immer stärkere Nachfrage nach diesen Angeboten hat nach Einschätzung von Beobachtern aufseiten des Verfassungsschutzes zu einer verstärkten eigenen Entwicklung von Angeboten in diesem Bereich geführt, die den Extremismusansatz zum Ausgangspunkt ihrer Analysen nehmen. Es zeichne sich eine Entwicklung ab, in der eine staatliche Geheimdienststelle immer stärker versucht, die Angebote zu den sogenannten Extremismusbereichen zu beherrschen und so eine bestimmte Sichtweise dominant werden zu lassen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Veranstaltungen zu welchen Themen wurden von der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde an welchen Schulen seit dem 1. Januar 2010 durchgeführt (bitte nach Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, Veranstalter, Ort, Dauer/Umfang, Thema/Titel, Anlass auflisten)?
2. Auf welcher gesetzlichen Grundlage finden diese Veranstaltungen statt, und handelt es sich hierbei um Bildungs- oder Informationsveranstaltungen?
3. Wie definiert sich aus Sicht der Landesregierung der Unterschied zwischen Bildungs- und Informationsveranstaltungen?
4. Wie wird im Rahmen der Schulveranstaltungen der Verfassungsschutzbehörde das Neutralitätsgebot gewahrt, und wie sorgt der Verfassungsschutz dafür, dass den Schülerinnen und Schülern unterschiedliche Sichtweisen und Erklärungen für die behandelten Themenfelder angeboten werden?

5. Welche anderen als extremismustheoretische Ansätze werden von der Verfassungsschutzbehörde in den Schulveranstaltungen vorgestellt?
6. Gibt es entsprechende hausinterne Leitlinien oder Dienstanweisungen für derartige Veranstaltungen und, wenn ja, welche?
7. Geht der Auftrag an die ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die reine Bildung bzw. Information hinaus, und, wenn ja, welche weiteren Aufträge nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit zu derartigen Bildungs- bzw. Informationsveranstaltungen?
8. Bietet die Verfassungsschutzbehörde ihre Angebote aktiv gegenüber den Schulen an, oder werden diese von den Schulen nachgefragt?
9. In welcher Form bietet die Verfassungsschutzbehörde ihre Angebote gegebenenfalls an?
10. Bestreitet die Verfassungsschutzbehörde auch außerhalb von Schulen Bildungs- bzw. Informationsveranstaltungen? Wenn ja, bitte nach Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der Teilnehmenden, Veranstalter, Ort, Dauer/Umfang, Thema/Titel, Anlass auflisten.
11. Welche Kosten entstehen den Schulen für die jeweiligen Veranstaltungen, und welche Kosten entstehen der Verfassungsschutzbehörde für die jeweiligen Veranstaltungen?
12. Welchen Etat stellt die Verfassungsschutzbehörde für den Bildungsbereich in ihrem Haushalt ein?
13. Welche Materialien werden in welcher Stückzahl im Rahmen der Schulveranstaltungen der Verfassungsschutzbehörde verteilt (z. B. Druckschriften, Bild- und Tonmaterial, PPP, Skripte, sonstiges Anschauungsmaterial etc.)?
14. Welcher Bildungsmethoden bedient sich die Verfassungsschutzbehörde für Bildungs- bzw. Informationsveranstaltungen (z. B. Vorträge, Rollenspiele, Gruppenarbeit etc.)?
15. Erstellt die Verfassungsschutzbehörde eigene Bildungs- bzw. Informationsmaterialien, wenn ja, welche, und, wenn nein, welcher Bildungs- bzw. Informationsmaterialien bedient sie sich sonst?
16. Welche pädagogischen Voraussetzungen bringen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde für die durchgeführten Schulveranstaltungen mit, und in welcher Form werden die pädagogischen Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde geschult?
17. Welche Formen der Vor- und Nachbereitung finden im Kontext mit Bildungs- bzw. Informationsveranstaltungen statt, und gibt es eine Evaluation der schulischen und außerschulischen Bildungs- bzw. Informationsarbeit des Verfassungsschutzes, und, wenn ja, sind die Evaluationsberichte einsehbar, und welche Ergebnisse enthalten sie?

(An die Staatskanzlei übersandt am 19.05.2011 - II/721 - 971)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 52.22-18245-16 -

Hannover, den 22.06.2011

Die freiheitliche Verfassung zu schützen bedeutet nicht nur, extremistische Aktivitäten zu beobachten. Wie in Niedersachsen wird auch im Verbund der Verfassungsschutzbehörden die Aufklärungsarbeit als eine der Kernaufgaben des Verfassungsschutzes verstanden. Gemäß § 3 Abs. 4 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) umfasst die Präventionsarbeit neben der Informationssteuerung an Regierung und zuständige Stellen auch, die Öffentlichkeit auf der

Grundlage der Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über extremistische Bestrebungen aufzuklären und damit auch politische Bildungsarbeit zu betreiben.

Ziel der präventiven Arbeit der Verfassungsschutzbehörden ist dabei in einem umfassenden Sinne, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, extremistische Ideologien als verfassungsfeindlich einzuordnen.

Bundesweit haben die Verfassungsschutzbehörden Präventionsarbeit - unabhängig von der Existenz und Aufgabenerfüllung der Landeszentralen für politische Bildung - in allen Bereichen kontinuierlich vorangetrieben.

Hierunter fällt z. B. die Aufklärung über Aktivitäten zur Werbung und Bindung Jugendlicher durch extremistische Gruppierungen. Dies erfolgt durch Pressearbeit, Vorträge und Publikationen bis hin zu öffentlichen Fachtagungen, pädagogisch aufbereiteten Ansätzen wie Planspielen zum Extremismus und Teilnahme an Jugendkongressen und anderen Schulprojekten. Verfassungsschutzbehörden nehmen zudem an bundes- oder landesweiten bzw. kommunalen Foren und Veranstaltungen teil und vernetzen sich mit Behörden, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Einen Überblick über diese Aktivitäten der Verfassungsschutzbehörden in den Ländern gibt der Sammelband „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes“, hrsg. v. Thomas Grumke u. Armin Pfahl-Traughber, Opladen 2010.

Auch der Niedersächsische Verfassungsschutz nimmt die Aufgabe der Prävention nachhaltig wahr, seit 2009 im Rahmen der bei der Verfassungsschutzbehörde eingerichteten Niedersächsischen Extremismus-Informations-Stelle (NEIS).

Die Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus - Demokratie schützen vor Rechts- und Linksextremismus“ ist bislang an über 50 Orten gezeigt worden. Mehr als 30 000 Besucherinnen und Besucher, vor allem Schülerinnen und Schüler, wurden durch die Ausstellung geführt. In Zusammenhang mit der Ausstellung bietet der Verfassungsschutz zusammen mit dem Kultusministerium Lehrerfortbildungen zum Extremismus an. Es sind gerade die Lehrerinnen und Lehrer, die immer wieder nach weiteren Informations- und Unterrichtsmaterialien fragen. So hat der Verfassungsschutz eine Multiplikatoren-CD für die Behandlung des Rechtsextremismus im Unterricht entwickelt. Hinzu kommt eine Reihe von Broschüren, die auch von Schulen nachgefragt werden. Seit vielen Jahren wird der Verfassungsschutz in Schulen eingeladen, um Vorträge über Extremismus zu halten und z. B. Projekttag zu begleiten. Mit Schulen werden seit 2008 auch Jugendkongresse durchgeführt, auf denen es darum geht, wie dem Extremismus begegnet werden kann. Auch bei zahlreichen anderen Institutionen und Organisationen haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Vorträge gehalten.

Zudem wird der jährliche Verfassungsschutzbericht seit Langem als wichtiges Arbeitsmittel in der politischen Bildung verwandt.

Auf diesem Weg der Aufklärung über Extremismus und die Gefahren für die Demokratie wird sich der Verfassungsschutz mit NEIS weiter bewegen. Denn NEIS steht auch für einen Verfassungsschutz, der sich nach außen öffnet, der sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht, der den Schutz der Verfassung vor allem darin sieht, dass informierte, aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger sich für die Demokratie und gegen ihre Gegner engagieren, und der seinen Teil zu dieser Information beiträgt. NEIS will für die Demokratie werben und mithelfen, die demokratischen Werte im Bewusstsein der Menschen zu stärken.

Weil Demokratie alle angeht, beginnt NEIS über die o. g. Aktivitäten hinaus eine Reihe von neuen Projekten, mit denen insbesondere junge Menschen angesprochen werden sollen und die als ein Beitrag zur Demokratieerziehung und der politischen Bildung gesehen werden.

Weil Demokratieerziehung schon früh anfangen muss, erarbeitet NEIS in Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg (Landesamt für Verfassungsschutz und Landeszentrale für politische Bildung) eine sogenannte Grundrechte-Fibel. Ziel dieses Projektes ist es, junge Menschen frühzeitig für die Werteordnung des Grundgesetzes zu gewinnen und sie über Gefahren des Extremismus zu informieren. Die Fibel kann in 4. Klassen im Unterricht Verwendung finden. In altersgerechter Weise

werden darin die Grundrechte-Artikel des Grundgesetzes vorgestellt. Zwei „Tiere“ - Dachs und Raabe - führen durch die Grundrechte, erläutern ihre Bedeutung auf kindgerechte Weise und erklären, wie die Grundrechte auch im Alltag der Kinder erfahrbar sind. Es werden Geschichten erzählt und Spiele angeboten, die helfen, die Bedeutung dieser Rechte den Kindern zu erläutern. Die Fibel vereint die Aufklärung über sämtliche Extremismen, ohne sie beim Namen zu nennen, indem die Kinder von den Vorzügen der Demokratie erfahren und so gegen die „Argumente“ der Extremisten besser geschützt sind.

Damit steht den Schulen ein Angebot zur Verfügung, das sie dabei unterstützen kann, ihren Auftrag zur Förderung des Bewusstseins für demokratische Werte zu erfüllen.

Besonders anfällig für Deutungsangebote, Handlungsstile und Organisationsformen von Extremisten sind Jugendliche. Sie sind zunehmend im Visier von Extremisten. Erinnert sei nur an die Verteilung von sogenannten Schulhof-CDs und die Publikation „Bock“ durch Rechtsextremisten. Insbesondere über das Internet versuchen Rechtsextremisten, aber auch islamistische Extremisten und Linksextremisten, Jugendliche anzuwerben und für ihre Weltsicht zu gewinnen. Auf diese Weise reicht die Wirkung extremistischer Ideologie weit über den Kreis der Angehörigen der extremistischen Szene hinaus.

Es ist auch festzustellen, dass das Einstiegsalter in die extremistische Szene niedriger geworden ist. Deshalb muss ein Schwerpunkt der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes auch auf diesem Bereich liegen.

Speziell an Jugendliche richten sich die „Andi-Comics“. Sie wurden in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzbehörde) entwickelt. In Abstimmung mit dem Innenministerium NRW wurden die drei Andi-Comics so überarbeitet, dass sie zu den niedersächsischen Verhältnissen passen. Es handelt sich um Comic-Hefte zu den Themen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus. In ihnen werden Alltagssituationen dargestellt, in denen Jugendliche mit unterschiedlichsten politischen Überzeugungen und verschiedener Herkunft interagieren.

Ein positiver Bezug auf die freiheitliche Grundordnung ist der Dreh- und Angelpunkt von „Andi“. Dabei werden kontroverse Diskussionen über Stärken und Schwächen der Demokratie nicht ausgeklammert. Mit den Heften soll wachsenden Anstrengungen von Extremisten entgegengewirkt werden, Jugendliche gezielt zu indoktrinieren. Das Medium Comic hilft, die Aufmerksamkeit von jungen Menschen zu erwecken und gleichzeitig das - zuweilen sperrige - Thema Extremismus zielgruppengerecht aufzuarbeiten. Zum Islamismus gibt es eine Handreichung für Lehrkräfte. Die Hefte stehen Schulen und anderen Bildungsträgern kostenlos zur Verfügung.

Für die Zielgruppe der etwas älteren Jugendlichen ab Klasse 10 bietet NEIS seit 2010 das Planspiel „Demokratie und Extremismus“ an. Es ist ein ca. fünfstündiges Planspiel für Schulen ab Klasse 10. Anhand einer konkreten Situation - Anmeldung eines „Trauermarsches“ oder einer „Heldengedenkfeier“ von Extremisten - arbeiten sich die Teilnehmer in die Argumentation unterschiedlicher Interessengruppen ein und tragen ihre Positionen in einer öffentlichen Bürgerversammlung aus. Das Planspiel wird von einem erfahrenen Experten moderiert.

Die Teilnehmer erfahren, wie zentrale Elemente der demokratischen Grundordnung, z. B. die Versammlungsfreiheit, unter gleichzeitiger Abwehr eines extremistischen Missbrauchs, bewahrt werden können.

NEIS führt seine Arbeit nur in der engen Kooperation mit dem Kultusministerium und anderen behördlichen und nicht-behördlichen Partnern durch. Es geht darum, Kompetenzen zusammenzuführen. Öffentlichkeitsarbeit von NEIS bedeutet in diesem Zusammenhang, Netzwerke von Demokraten zu fördern, die überzeugt sind, dass die Demokratie offensiv für ihre Werte eintreten und sich gegen ihre Feinde wehren muss. Es ist nicht die Frage, ob der Verfassungsschutz diese Aufgabe hat, sondern wie er diese Aufgabe immer wirksamer erfüllt.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die u. a. Auflistung beinhaltet ausschließlich die von NEIS durchgeführten Veranstaltungen für schulische Bildungsträger seit dem 1. Januar 2010. Entsprechende Veranstaltungen werden vom Niedersächsischen Verfassungsschutz bereits seit vielen Jahren angeboten bzw. von Schulen - teilweise jährlich wiederkehrend - nachgefragt.

Lfd. Nr.	Datum	Thema/Titel	Veranstalter/Ort	Anlass	Anzahl der Teilnehmer
1.	18. - 29.01.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Don-Bosco-Schule Steinfeld	Schulanfrage	514
2.	20.01.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Gymnasium Cloppenburg 10. Jahrgänge	Schulanfrage	185
3.	26.01.2010	Rechte Musik und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	KAV Gymnasium Celle	Schulanfrage	40
4.	08. - 19.02.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Stadt Seelze, Rathaus	Anfrage	420
5.	09.02.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	RS Geschw.-Scholl-Schule Cuxhaven	Schulanfrage	100
6.	22.02.2010	Demokratie, Rechtsextremismus und Verfassungsschutz	Waldorfschule Wolfsburg	Schulanfrage	30
7.	26.02. - 12.03.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Stadt Delmenhorst, Rathaus	Anfrage	1 100
8.	08.04.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	HRS Lehre	Schulanfrage	60
9.	19.04. - 07.05.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Stadt Bremen, Haus der Wissenschaft	Anfrage	825
10.	27.05.2010	Politischer Extremismus und Präventionsarbeit	Landesschulbehörde Lüneburg	Lehrerfortbildung	30
11.	31.05.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Gymnasium Wesermünde Bremerhaven	Schulanfrage, Schule ohne Rassismus	100
12.	31.05. - 11.06.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	BBS Lüchow	Schulanfrage	305
13.	01.06.2010	Integration u. Rechts-extremismus	Schulzentrum Kaltenmoor, Lüneburg	Schulanfrage	30
14.	15. - 22.06.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Heinrich-Büssing-Schule Braunschweig	Schulanfrage	373
15.	20.08.2010	Einführung Wanderausstellung	Gymnasium Tostedt	Lehrerfortbildung	22
16.	23.08. - 02.09.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Bürgerinitiative Tostedt, Schützenhalle	Anfrage	680
17.	07. - 22.09.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Stadt Großburgwedel, Rathaus	Anfrage	790
18.	14.09.2010	Rechtsextremismus und wehrhafte Demokratie	Wilhelm-Raabe-Schule (Gymnasium) Langensalzastr. 24 30169 Hannover	Schulanfrage	30

Lfd. Nr.	Datum	Thema/Titel	Veranstalter/Ort	Anlass	Anzahl der Teilnehmer
19.	21.09.2010	Demokratie und Extremismus	Nds. Landtag	Schülerparlament „Zukunft Deutsche Einheit“	120
20.	23.09.2010	Workshops, Rechtsextremistische Musik und Internetnutzung	Schulen in Goslar, 7. bis 9. Jahrg.	Jugendkongress	80
21.	08.10.2010	Plenspiel Extremismus und Demokratie	Gymnasium Tostedt	Schulanfrage	30
22.	28.10.2010	Workshops, Rechtsextremistische Musik und Internetnutzung	HRS Wunstorf 7. - 9. Jahrg.	Jugendkongress	75
23.	29.10.2010	Aktiv für Toleranz und Demokratie	RS Schöningen	Schulanfrage, Schule ohne Rassismus	65
24.	04.11.2010	Einführung in Wanderausstellung	Schulzentrum Holzminden	Lehrerfortbildung	35
25.	08. - 19.11.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Schulzentrum Liebigstraße Holzminden	Schulanfrage	1 090
26.	15. - 16.11.2010	Demokratie und Extremismus	Landtag von Sachsen-Anhalt	Schülerparlament „Zukunft Dt. Einheit“	120
27.	22.11.2010	Podiumsdiskussion zum politischem Extremismus	Viktoria-Luise-Gymnasium Hameln	Schulanfrage	100 - 150
28.	22.11. - 03.12.2010	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Viktoria-Luise-Gymnasium Hameln	Schulanfrage	650
29.	26.11.2010	Plenspiel Extremismus und Demokratie	Victoria-Luise-Gymnasium Hameln	Schulanfrage	35
30.	15.12.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	MK, Hannover	Landestreffen Schulen ohne Rassismus	50
31.	20.01.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Multimedia-BBS Hannover	Schulanfrage	250
32.	25.01.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Clemens-August-Gymnasium Cloppenburg	Schulanfrage	150
33.	26.01.2011	Rechtsextremistische Musik und Internet	Gymnasium Oedeme	Jugendkongress	40
34.	27.01.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Albert-Einstein-Gymnasium Buchholz	Schulanfrage	220
35.	11.02.2011	Plenspiel Extremismus und Demokratie	Jacobsen-Gymnasium Seesen	Schulanfrage	40
36.	14. - 24.02.2011	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Gymnasium Soltau	Schulanfrage	423
37.	17.02.2011	Plenspiel Extremismus und Demokratie	Wilhelm-Busch-Gymnasium Stadthagen	Schulanfrage	30
38.	21.02.2011	Plenspiel Extremismus und Demokratie	Albert-Schweitzer-Gymnasium Wolfsburg	Schulanfrage	30
39.	01.03.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen, Antisemitismus	Theodor-Heuss-Gymnasium Wolfenbüttel	Schulanfrage	70
40.	03.03.2011	Rechts-/Linksextremismus, Internetnutzung	Landesschulbehörde, Celle	Lehrerfortbildung	35

Lfd. Nr.	Datum	Thema/Titel	Veranstalter/Ort	Anlass	Anzahl der Teilnehmer
41.	08.03.2011	Linksextremismus	Alice-Salomon-Schule Hannover	Lehrerfortbildung	15
42.	08. - 17.03.2011	Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“	Stadt Celle, CD-Kaserne	Anfrage	660
43.	18.03.2011	Planspiel Extremismus und Demokratie	Gymnasium Vorsfelde	Schulanfrage	35
44.	24.03.2011	Planspiel Extremismus und Demokratie	Ratsgymnasium Stadthagen	Schulanfrage	30
45.	07.04.2011	Workshop Extremismus für Lehrkräfte/rechte Musik	Stadt Salzgitter	Jugendkongress	25
46.	15.04.2011	Planspiel Extremismus und Demokratie	Otto-Hahn-Gymnasium Gifhorn	Schulanfrage	25
47.	06.05.2011	Planspiel Extremismus und Demokratie	Copernicus Gymnasium Lönningen	Schulanfrage	40
48.	13.05.2011	Planspiel Extremismus und Demokratie	Gymnasium Munster	Schulanfrage	35
49.	30.05.2011	Rechts-/Linksextremismus	MI/MK, Braunschweig	Lehrerfortbildung	17
50.	17.06.2011	Planspiel Extremismus und Demokratie	Schiller-Gymnasium Hameln	Schulanfrage	30

Zu 2:

Alle Aufgaben, die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz wahrgenommen werden, erfolgen auf Grundlage des NVerfSchG, so auch die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit im Rahmen von NEIS. Es handelt sich dabei um Veranstaltungen, die der Aufklärung über extremistische Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne dieses Gesetzes dienen (§ 3 Abs. 4 NVerfSchG).

Zu 3:

Die Landesregierung versteht ihren Bildungsauftrag als weitreichende ganzheitliche Aufgabe, die sich nicht nur auf den schulischen Bereich beschränkt.

Bildung ist nicht nur das reine Wissen und die Kenntnis von Zusammenhängen, sondern auch Erkenntnis, Fähigkeit zur Reflexion, Vermittlung von Werten, Entwicklung von Selbstverantwortung und Verantwortung gegenüber anderen sowie die Fähigkeit zur Lebens- und Alltagsbewältigung. Dies setzt Lehren und Lernen, also das Weitergeben und Aufnehmen von Informationen voraus.

Bildungsarbeit hat somit immer auch die Bildung und Bewahrung einer demokratischen, gleichberechtigten und sozial gleichwertigen Gesellschaft zum Ziel.

In diesem Sinne hatten und haben alle bisher durchgeführten und zukünftigen Informationsveranstaltungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes neben dem fachlich-informativen auch einen bildenden Charakter.

Zu 4:

Der Niedersächsische Verfassungsschutz nimmt seine Aufgaben im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages und der auf Grundlage des Grundgesetzes festgelegten Neutralitätspflicht des Staates wahr.

Zu 5:

Der Niedersächsische Verfassungsschutz orientiert sich eng an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, hier insbesondere an den Urteilen zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) im Jahr 1952 und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956.

Zu 6:

Im Niedersächsischen Verfassungsschutz existieren keine Dienstanweisungen zur Durchführung von Veranstaltungen.

Zu 7:

Der Auftrag der Mitarbeiter der NEIS im Niedersächsischen Verfassungsschutz ergibt sich aus der in § 3 Abs. 4 NVerfSchG geregelten Aufgabe.

Siehe dazu auch Antwort zu Frage 2.

Zu 8:

Der Niedersächsische Verfassungsschutz bietet seine Angebote in der Öffentlichkeit und zielgruppenorientiert - z. B. gegenüber Schulen - mit geeigneten Werbe- und Informationsmaterialien, Publikationen und in Gesprächen auf Messen und Veranstaltungen an. Diese werden von Schulen und anderen Einrichtungen und Institutionen seit Langem mit großem Interesse nachgefragt.

Zu 9:

Siehe Antwort zu Frage 8.

Zu 10:

Lfd. Nr.	Datum	Thema/Titel	Veranstalter/Ort	Anlass	Anzahl der Teilnehmer
1.	07.01.2010	Islamismus	MdB Dreyer, Laatzen	Anfrage	30
2.	30.01.2010	Wirtschaftsspionage	Leibniz-Universität Hannover	Anfrage	30
3.	10.02.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Sportverein TuS Vahrenwald Hannover	Anfrage	25
4.	02.03.2010	Politischer Extremismus Aufgaben u. Rolle des Verfassungsschutzes	VHS Celle	Seminaranfrage	20
5.	04.03.2010	Jugend im Visier von Rechtsextremen, Aktuelle Tendenzen in Braunschweig Prävention und Intervention	VHS Braunschweig	Seminaranfrage	70
6.	09.03.2010	Linksextremismus	Polizeiinspektion Goslar	Anfrage	50
7.	17.03.2010	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch, Polizeiakademie	Staatsschutzlehrgang	16
8.	22.03.2010	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch	Rechtsreferendare	38
9.	13.04.2010	Rechtsextremismus	Mitarbeiter d. Stadt Hannover, Neues Rathaus	Anfrage	50
10.	20.04.2010	Präventiv gegen Rechtsextremismus	VHS Schaumburg	Seminaranfrage	10
11.	28.04.2010	Entwicklungen im Rechtsextremismus und Prävention	SPD Bad Nenndorf	Anfrage	40
12.	04.05.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	SPD Vienenburg	Anfrage	50
13.	05.05.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Haus Kirchlicher Dienste Hannover	Anfrage	20
14.	27.05.2010	Wirtschaftsschutz	Landkreis Diepholz, Rathaus Weyhe	Anfrage	25

Lfd. Nr.	Datum	Thema/Titel	Veranstalter/Ort	Anlass	Anzahl der Teilnehmer
15.	31.05.2010	Wirtschaftsschutz	Industriekreis Kohlmann Druck	Anfrage	10
16.	31.05.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Stadt Hildesheim, Rathaus	Anfrage	40
17.	01.06.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	IG Metall Celle	Anfrage	25
18.	03.06.2010	Islamismus	Nds. Verfassungsschutz, Hannover	Symposium	
19.	09.06.2010	Wirtschaftsschutz	Stadt Bremen	Mittelstandskongress	50
20.	21.06.2010	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch	Rechtsreferendare	46
21.	24.06.2010	Rechtsextremistische Tendenzen nach 1945	IG Bergbau Chemie, Bad Münder	Betriebsräteseminar	18
22.	27.08.2010	Demokratieerziehung	Dbb Akademie, Mercure Hotel Hannover	Anfrage	20
23.	31.08.2010	Rechtsextremismus im Strafvollzug	Bildungsinstitut f. JVA-Angestellte Wolfenbüttel, JVA Hameln	Anfrage	20
24.	06./07.09.2010	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch, LKA Niedersachsen	Höherer Polizeivollzugsdienst	13
25.	15.09.2010	Rechtsextremismus und regionaler Bezug	Polizeikommissariat Misburg, Rathaus Misburg	Anfrage	20
26.	15.09.2010	Extremismus	Lions-Club Hannover	Anfrage	25
27.	16.09.2010	Entwicklungen im Linksextremismus	Gesellschaft f. Wehr- und Sicherheitspolitik, Peine	Anfrage	31
28.	23.09.2010	Rechtsextremismus und Prävention	Präventionsrat Dransfeld	Anfrage	50
29.	29.09.2010	Linksextremismus	Stadt Lingen	Regionales Symposium	50
30.	11.10.2010	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch	Rechtsreferendare	46
31.	25.10.2010	Rechtsextremistische Immobiliengeschäfte	Landkreis Stade	Anfrage	40
32.	04.11.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Samtgemeinde Radolfshausen	Anfrage	15
33.	10.11.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Kriminalpräventionsrat Stadt und Landkreis Lüneburg/Behördenzentrum Lüneburg	Anfrage	25
34.	18.11.2010	Islamismus	Volkshochschule Celle	Seminaranfrage	25
35.	19.11.2010	Islamismus	Polizeiinspektion Burgdorf	Anfrage	11
36.	20.11.2010	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Kreisjugendfeuerwehr Lk Hildesheim, Schellerten	Anfrage	110
37.	06.12.2010	Islamismus	Stadt Verden	Regionales Symposium	90
38.	09.12.2010	Islamismus	ZPD Hannover	Anfrage	20

Lfd. Nr.	Datum	Thema/Titel	Veranstalter/Ort	Anlass	Anzahl der Teilnehmer
39.	08.01.2011	Rechtsextremismus/Islamismus	Junge Union Schwarmstedt	Anfrage	20
40.	10.01.2011	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch	Rechtsreferendare	39
41.	13.01.2011	Rechtsextremismus, Redebeitrag	Wolfsburg	Ausstellungseröffnung, BfV	30
42.	13.01.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Roth-trainings, Kompetenzzentrum NRW, Oberhausen	Anti-Gewalt-Prävention, Anfrage	40
43.	26.01.2011	Workshop Rechtsextremismus	AWO Weser-Ems, Meppen	FSJ-Ausbildung	15
44.	07.02.2011	Extremismus und politische Gewalt	Lions Club Hannover	Anfrage	30
45.	16.02.2011	Workshop Rechtsextremismus	AWO Weser-Ems, Damme	FSJ-Ausbildung	20
46.	23.02.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	Bereitschaftspolizei, BFE-Einheit Hannover	Anfrage	30
47.	24.02.2011	Linksextremismus	Konrad-Adenauer-Stiftung, Bremen	Anfrage	25
48.	02.03.2011	Salafismus	Polizeiakademie Niedersachsen	Anfrage	30
49.	19.03.2011	Rechtsextremistische Erscheinungsformen	HVS Helmstedt	Anfrage	35
50.	22.03.2011	Islamismus, int. Terrorismus	MAD-Stelle Hannover	Anfrage	45
51.	12.04.2011	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch, Polizeiakademie Hannover	Staatschutzlehrgang	17
52.	13.04.2011	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Hausbesuch, Lions Club	Anfrage	34
53.	03.05.2011	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	IG Metall Celle	Anfrage	30
54.	04.05.2011	Extremismus und Aufgaben d. Verfassungsschutzes	Bundeswehr, Fliegerhorst Faßberg	Anfrage	40
55.	23.05.2011	Salafismus und Radikalisierung	Nds. Verfassungsschutz, Akademie des Sports Hannover	Experten-Hearing	200
56.	30.05.2011	Extremismus, Terrorismus	CDU Ronnenberg, Benthe	Anfrage	15
57.	30./31.05.2011	Ausstellung Extremismus, Projektpot Prävention	Deutscher Präventionstag, Oldenburg	Anfrage	unbekannt
58.	04./05.06.2011	Rechtsextremismus und Prävention	HVHS und Europa-haus, St. Andreasberg	Anfrage	25
59.	08.06.2011	Extremismus und politische Gewalt	Lions-Club, Bad Münder	Anfrage	30
60.	16.06.2011	Workshops Rechtsextremismus	Landkreis Harburg, HRS Buchholz i. d. N.	Jugendkongress	30
61.	23.06.2011	Salafismus und Radikalisierung	Nds. Verfassungsschutz, Regionshaus Hannover	Symposium	

Zu 11:

Der Niedersächsische Verfassungsschutz nimmt die hier dargestellten Aufgaben im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages wahr, sodass den Veranstaltern keine Kosten entstehen. Die anfallenden Kosten variieren je nach Art und Umfang der durchgeführten Veranstaltung und werden durch die im jeweiligen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gedeckt.

Zu 12:

Der Haushaltsansatz im Jahr 2011 für den Bereich der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit beträgt 94 000 Euro.

Zu 13:

Der Niedersächsische Verfassungsschutz verteilt je nach Nachfrage fachbezogene Informationsmaterialien und Publikationen wie den Verfassungsschutzbericht, Broschüren zum Extremismus oder den ANDI-Comic sowie erforderliche Arbeitsmaterialien, die z. B. bei Workshops, in der Ausstellung oder bei Planspielen Verwendung finden.

Die Anzahl entspricht in den meisten Fällen der Anzahl der bekannten bzw. zu erwartenden Teilnehmer.

Zu 14:

Je nach Art der Veranstaltung und Teilnehmerkreis werden zielgruppenorientierte Methoden angewandt, z. B. präsentationsgestützte Vorträge, Workshops mit Gruppenarbeit, Planspiele/Rollenspiele.

Zu 15:

Die vom Niedersächsischen Verfassungsschutz herausgegebenen Materialien und Publikationen, die in der Präventionsarbeit Verwendung finden, sind ausführlich in den Vorbemerkungen dargestellt.

Darüber hinaus nutzt Niedersachsen bei Bedarf die über das Bundesamt für Verfassungsschutz zentral verwalteten Publikationen aller Verfassungsschutzbehörden.

Zu 16:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NEIS im Niedersächsischen Verfassungsschutz verfügen über eine hohe fachliche Kompetenz, langjährige Kenntnisse der Verfassungsschutz- und Öffentlichkeitsarbeit sowie vielfältige Berufserfahrung aus den Bereichen der politischen, schulischen und Erwachsenenbildung, der Polizei und Verwaltung.

Durch eine enge Kooperation und den regelmäßigen Austausch mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern, dem Niedersächsischen Landesamt für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) und der Landesschulbehörde ist fortlaufend pädagogisches Fachwissen in die Arbeit von NEIS eingebunden.

Im Übrigen steht den Mitarbeitern das Fortbildungsangebot des Landes Niedersachsen als auch der Schule für Verfassungsschutz zur Verfügung.

Zu 17:

Es entspricht dem Anspruch und Selbstverständnis des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, dass im Rahmen der Wahrnehmung der Aufgaben die erforderliche und sorgfältige Vor- und Nachbereitung der hier beschriebenen Veranstaltungen und Projekte stattfindet.

Sofern eine Evaluation bei einzelnen Veranstaltungen zur Qualitätssicherung/-steigerung für sinnvoll erachtet wird, wird diese in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Veranstalter durchgeführt.

Uwe Schünemann